

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3618

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3618](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3618)

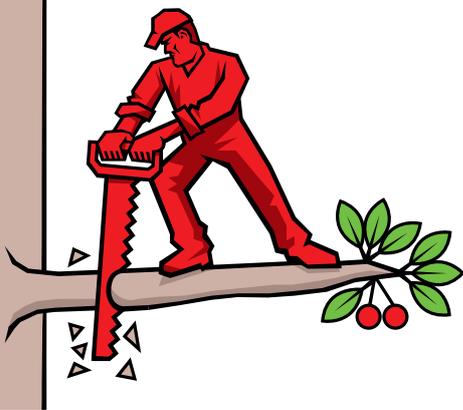


### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



**P.P.** CH-8712 Stäfa Post CH AG

Anrede  
Vorname Name  
Strasse  
PLZ Ort

Abstimmung Zürcher Energiegesetz  
vom 28. November 2021

Stäfa, Ende Oktober 2021

## Sehr geehrter...

Am 28. November stimmen wir im Kanton Zürich über das neue Energiegesetz ab. Selbst der Zürcher Mieterinnenverband rechnet allein in der Stadt Zürich mit rund 40'000 Kündigungen «mit zum Teil starken Mietzinserhöhungen» kommen (TA, 28.9.21.) Und das bedeutet das geplante Energiegesetz ganz konkret für uns Mieterinnen und Mieter:

1. Das Gesetz bedeutet ein faktisches Verbot von Öl- und Gasheizungen. Nicht jedes Gebäude eignet sich aber für eine erneuerbare Heizung. Aus diesem Grund müssten in den nächsten Jahren zwangsweise zehntausende von älteren Häusern total saniert werden, bevor eine neue Heizung installiert werden kann.
2. Die neuen Verbote und Auflagen verursachen enorme Kosten. Damit steigen die Wohnkosten – und damit auch die Mieten, denn die Kosten, die im Energiebereich anfallen, werden auf den Mietzins umgelegt.
3. Mit dem neuen Gesetz müssen allein in der Stadt Zürich 80'000 Wohnungen eine neue Heizung erhalten. Bei den meisten davon wird es zu Kündigungen für die Mieter kommen, da es technisch, ökonomisch und ökologisch keinen Sinn macht, ein neues Heizsystem zu installieren, ohne zuvor das Gebäude energetisch zu dämmen, damit weniger Energie fürs Heizen benötigt wird.

Mit einer Spende auf  
Glerner Kantonalbank, IBAN: CH40 0077 3000 5731 5319 3  
unterstützen Sie unsere Kampagne zum Erhalt von Arbeitsplätzen  
und Wohlstand. Wir danken Ihnen für Ihre grosszügige Hilfe.

28.09.21 – Tages Anzeiger

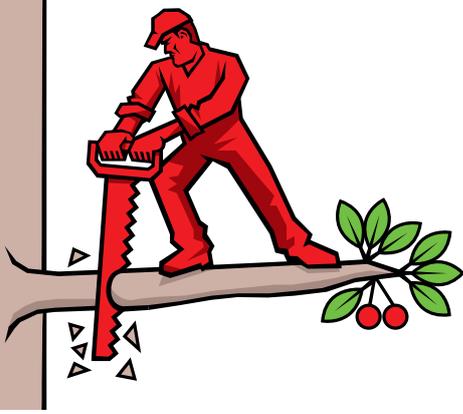
# Mietern droht wegen Klimaschutz der Rauswurf

**Energiegesetz** Eine Studie rechnet mit  
15'000 zusätzlichen Leerkündigungen  
in der Stadt Zürich bis 2040.

**Daniel Schneebeli**

Eine Studie zum Zürcher Wohnungsmarkt verunsichert den Mieterinnen- und Mieterverband. Demnach sollen strenge Klimaschutzmassnahmen zu mehr Leerkündigungen führen. Grund: Hauseigentümer, die ihre Heizungen auswechseln, kündigen häufig allen Mietern, sanieren ihre Häuser und vermieten die Wohnungen anschliessend zu deutlich höheren Preisen. Gemäss der Studie könnte es in den nächsten Jahren in der Stadt Zürich zu bis zu 40'000 Kündigungen kommen. Sollte es bis 2040 keine zusätzlichen Klima-

schutzmassnahmen geben, forciert. Gemäss Zürcher Mieterverband wird dies in Mietshäusern vermehrt zu Leerkündigungen führen, insbesondere in der Stadt Zürich, wo die Mietpreise schon heute überdurchschnittlich steigen. Der Mieterverband, in dessen Vorstand mehrere linke Politiker sitzen und der nach ausserhalb von alternativen Stadtkandidaten Walter Angst vertrieben wird, fordert deshalb entsprechende Massnahmen der Mieterinnen- und Mieterverbände. Die zuständige Regierungsrätin Neukom (Grüne) hat den Abstimmerinnen vorgeschlagen,



4. Vor allem in den Städten Zürich und Winterthur bieten alte Wohnhäuser mit Öl- und Gasheizungen oftmals die günstigen Wohnungen. Mit dem Energiegesetz sind die Vermieter gezwungen, teure Sanierungen durchzuführen, womit die Miete steigt und günstiger Wohnraum vernichtet wird.
5. Vor allem ältere Menschen, die noch in ihren eigenen vier Wänden mit Öl- oder Gasheizung wohnen, werden mit dem neuen Gesetz zu teuren Sanierungen oder zum Zwangsverkauf gezwungen.
6. Elektroheizungen müssen gar innert weniger Jahre ersetzt werden. Es ist aber absurd, eine funktionierende Elektroheizung herauszureissen, um für viel Geld eine andere Heizung einzubauen.

**Wer weiterhin eine günstige Miete will,  
sagt am 28. November NEIN zum Energiegesetz!**

Mit herzlichem Dank für Ihre Unterstützung

*Komitee zur Rettung  
des Werkplatzes Schweiz*



Mit einer Spende auf  
Glarner Kantonalbank, IBAN: CH40 0077 3000 5731 5319 3  
unterstützen Sie unsere Kampagne zum Erhalt von Arbeitsplätzen  
und Wohlstand. Wir danken Ihnen für Ihre grosszügige Hilfe.